

Anträge von Bündnis 90/ Die Grünen zum Haushalt 2006

1) Aktion Stolpersteine

Antrag

Die Stadt Walldorf beteiligt sich an der „Aktion Stolpersteine“ und finanziert die Verlegung von Stolpersteinen des Künstlers Gunter Demnig in Walldorf. Mit der Verlegung von Stolpersteinen wird dazu beigetragen, die Erinnerung an die unter der Nazi-Herrschaft verfolgten Bürgerinnen und Bürger Walldorfs wach zu halten und überall im Stadtgebiet die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit greifbar zu machen.

Begründung:

Die „Aktion Stolpersteine“ hat hohe Symbolkraft für die Auseinandersetzung mit der Nazi-Vergangenheit. In zahlreichen Groß und Kleinstädten Deutschlands, darunter Berlin, Freiburg, Lübeck, Leipzig und München, wurden bereits Stolpersteine von Gunter Demnig verlegt und erinnern auf der Straße in der Nähe ehemaliger Wohnhäuser an die Verfolgten des Nazi-Regimes.

Der Verlegung der Stolpersteine sind keine Grenzen gesetzt – sie soll der Erinnerung möglichst vieler von den Nazis verfolgter Gruppen dienen. Viele kleine Stolpersteine (in der Größe von Pflastersteinen) können an allen Orten der Stadt die Auseinandersetzung mit den ehemaligen BewohnerInnen wecken und zugleich auch heute ein Mahnmal für die noch immer vorhandene Ausgrenzung bestimmter Gesellschaftsgruppen darstellen.

Kosten pro Stein inklusive Verlegung : 100 Euro

Anlage: Kommunen in Baden-Württemb. und Umgebung, die sich an der Aktion schon beteiligt haben

67000 Neustadt/Weinstraße	RheinlandPfalz
67227 Frankenthal	RheinlandPfalz
70000 Stuttgart	Baden-Württemb.
75015 Bretten (b. Karlsruhe)	Baden-Württemb.
76000 Karlsruhe	Baden-Württemb.
77000 Offenburg	Baden-Württemb.
77933 Lahr	Baden-Württemb.
77971 Kippenheim	Baden-Württemb.
79000 Freiburg	Baden-Württemb.
79252 Stegen	Baden-Württemb.
79356 Eichstetten	Baden-Württemb.
88630 Pfullendorf	Baden-Württemb.
88662 Überlingen	Baden-Württemb.

2) Erhöhung der „Zukunftsreserve“ um 5 Mio. Euro

Antrag

Erhöhung der Mittel um 5 Millionen Euro, der schon im letzten Jahr für den Haushalt unter dem Titel Generationenfond veranschlagten Mittel

Begründung:

Bereits bei den Haushaltsberatungen für das Jahr 2005 hatte die Fraktion Bündnis90/Die Grünen den Antrag gestellt, einen Fond einzurichten, der die Finanzierung von Freiwilligkeitsleistungen langfristig sicherstellen sollte (Generationenfond). Der *Grundgedanke war, dass der heute vorhandene Reichtum die Lebensqualität zukünftiger Generationen in Walldorf sichern sollte*. In diesen Fond sollte jährlich eine bestimmte Summe eingezahlt werden, bis der Fond ein Niveau erreicht hat, das die Finanzierung eines gewissen Niveaus an Freiwilligkeitsleistungen aus den Zinserträgen gewährleistet. Über Art und Umfang dieser Freiwilligkeitsleistungen sollte der Gemeinderat zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden. Als jährlich einzustellender Betrag wurden ursprünglich 5 Mio. Euro vorgeschlagen. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2005 wurden mit fraktionsübergreifender breiter Zustimmung dann 2,5 Mio. Euro eingestellt. Die Stadt hat bereits vielfältige Vorkehrungen getroffen, um z. B. die Bindung von Mitteln innerhalb der Allgemeinen Rücklage zur Absicherung von Folge- und Betriebskosten städtischer Einrichtungen oder die Sonderrücklage beim Kommunalen Versorgungsverband um zukünftige Pensionsansprüche finanziell abzusichern. Durch Kapitaleinlagen in Unternehmen wie der Sparkasse Heidelberg wird ebenfalls Kapital gebunden, das zukünftigen Generationen zur Verfügung steht, sollten die Gewerbesteuererinnahmen einmal auf ein „normales“ Maß zurückgehen. Die im damaligen Antrag genannten Gründe dafür sind teilweise bereits Realität geworden. Zusätzlich plant die neue

Bundesregierung für 2008 eine umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung, die auch die Gewerbesteuer umfassen wird. Die Abschaffung der Gewerbesteuer ist ein zentraler Punkt in allen wichtigen Reformkonzepten, wird von den Steuerfachleuten aus CDU und FDP ebenso gefordert wie vom Sachverständigenrat für Wirtschaftsfragen. Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhoff hält die Gewerbesteuer sogar für verfassungswidrig (vgl. z.B. Financial Times 23.11.05, S. 8), eine Klage liegt dem Bundesverfassungsgericht bereits vor. Eine Reform oder gar Abschaffung der Gewerbesteuer hätte für Walldorf vermutlich weit reichende, negative Folgen.

Durch eine Erhöhung der Vorkehrungen zur Zukunftssicherung würde die bisher verfolgte Politik konsequent weiter geführt. Unter der erwarteten Haushaltsentwicklung des Jahres 2005 und ggf. noch weniger Folgejahre sollte es möglich sein, die Zukunftssicherung voranzutreiben. Dadurch würde ein weiterer, wichtiger Beitrag geleistet, um Walldorf als Wohn- und Arbeitsstadt dauerhaft attraktiv zu machen.

Sollte eine rechtlich mögliche Lösung für die Realisierung des ursprünglich geplanten Generationenfonds gefunden werden, würde der Antrag zu einem Startkapital in Höhe von 5 Mio. Euro führen (die Hälfte davon als Haushaltsrest aus 2005). Andernfalls sollte eine Anlageform gefunden und gewählt werden, die eine möglichst langfristige Bindung des Kapitals vorsieht.

Kosten: 5 Millionen Euro

3) Frühere Realisierung des Neubaus einer Kinderkrippe

Antrag

Im Investitionsplan ist der Neubau einer Kinderkrippe erst für 2008 budgetiert. Der geplante Neubau der Einrichtung soll sofort realisiert werden, zusätzlich legt die Verwaltung dem Gemeinderat zum nächst möglichen Zeitpunkt ein Konzept zur Schaffung von zusätzlichen Plätzen zur Betreuung von Kindern unter drei Jahren vor.

Folgende Punkte sollten in dem Konzept enthalten sein:

- Das Konzept besteht aus einem breiten, vielfältigen Mix verschiedenster Gruppenformen (z.B. Tagespflege, kleine Altersgemischte Gruppen und weitere Gruppenformen). Für einen festgelegten prozentualen Anteil aller Kinder unter drei Jahren sollen Plätze vorhanden sein.
- Die Fortbildung von ErzieherInnen und hier besonders Zusatzqualifikationen im frühkindlichen Bereich ist zu gewährleisten.
- Die Stadt wirbt im Dialog mit Walldorfer Unternehmen dafür, dass diese sich an der Schaffung von Betreuungsplätzen beteiligen.

Begründung:

Der Bedarf an Betreuungsplätzen ist in Walldorf bei weitem nicht gedeckt.

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden in Zukunft nicht nur junge Eltern, sondern auch deren Arbeitgeber schätzen. Aber auch für die Kinder bietet der frühe Kontakt mit anderen Kindern (soziale) Integrations- und Fördermöglichkeiten. In neuen Einrichtungen sollte immer eine kleine, altersgemischte, möglichst auch integrative Gruppe mit eingeplant werden.

Kosten: wie im Haushalt vorgesehen

4) Corporate Social Responsibility (CSR) Konzepte in Walldorf fördern

Antrag:

Zur Förderung und Anerkennung unternehmerischer gesellschaftlicher Verantwortung, lobt die Stadt Walldorf einmal jährlich einen Preis in angemessener Höhe für "Local Corporate Citizenship" aus, bei dem das CSR-Reporting (Corporate Social Responsibility) von Unternehmen der Stadt bewertet und ausgezeichnet wird. Besonderes Augenmerk liegt hierbei auf klein- und mittelständischen Unternehmen.

Begründung:

Die Wirtschaft ist einer der Hauptakteure für eine nachhaltige Entwicklung. Auch über gesetzliche Verpflichtungen und die Einhaltung von Standards hinaus tragen Unternehmen gesellschaftliche und ökologische Verantwortung - denn für einen langfristigen Erfolg brauchen sie eine intakte Umgebung und das Vertrauen der Gesellschaft. Corporate Social Responsibility (CSR) ist dabei weltweit zu einem Richtungweisenden und ambitionierten Leitbild geworden. CSR entspringt der Eigeninitiative eines jeden Unternehmens und steht für gelebte Verantwortung in einem wettbewerbsorientierten Umfeld. Unternehmen können ihre Tätigkeiten so ausüben, dass sie ihre Gewinnziele erreichen, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit steigern und gleichzeitig umweltbewusst und sozial verantwortlich handeln.

Freiwilliges Engagement verleiht den Aktivitäten von Unternehmen eine gesellschaftspolitische Dimension. Neben Konzernen nutzen verstärkt kleine und mittlere Unternehmen durch die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung die Möglichkeit, sich öffentlichkeitswirksam für die Belange der Gemeinschaft einzusetzen und sich zu positionieren. Dadurch wird Schritt für Schritt die Vorstellung vom Unternehmen als guter Bürger, als Corporate Citizen, der sich aktiv an der Lösung gesellschaftlicher Aufgaben beteiligt, auch hierzulande selbstverständlicher.

Mögliche Bereiche: Umwelt, Arbeitswelt und Ausbildung, Soziales Engagement, Kultur und Freizeit.

5) Grundsätze des Gender Mainstreaming und ihre Umsetzung in der Arbeit der Verwaltung der Stadt Walldorf

Antrag

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat über die Grundsätze des Gender Mainstreaming, ihre Umsetzung in der Arbeit der Verwaltung der Stadt Walldorf und die sich daraus ergebenden Folgen für eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik („Gender Budgeting“) zu berichten. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt, insbesondere auch über Art und Umfang der in der Verwaltung vorliegenden, nach Geschlechtern differenzierten Daten und Informationen zu berichten.

Begründung:

Der Ansatz des Gender Mainstreaming wird auf internationaler, nationaler und kommunaler Ebene zunehmend angewandt. So hat z.B. die Bundesregierung ihn zum Bestandteil ihrer Geschäftsordnung gemacht. Auch die Verwaltung des Landes Baden-Württemberg setzt seit 2002 im Auftrag des Ministerrates unter dem Titel „Chancengleichheit als Leitprinzip“ Gender Mainstreaming schrittweise um. Bei der Mittelvergabe von EU-Fördergeldern wird Gender Mainstreaming inzwischen zunehmend als Voraussetzung der Mittelbewilligung vorgeschrieben. Dies wird verstärkt auch Auswirkungen auf die kommunale Haushaltspolitik haben. Die Stadt sollte sich deshalb mit dem Instrument des Gender Mainstreaming und der geschlechtergerechten Haushaltspolitik vertraut machen und mögliche Handlungsnotwendigkeiten für die eigene Politik intensiv diskutieren. Gender Mainstreaming ist ein Instrument der Gleichstellungspolitik, das bei allen Vorhaben die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen und Männern und die Auswirkungen auf beide Geschlechter berücksichtigt, um tatsächliche Gleichstellung und mehr Chancengerechtigkeit zu erreichen. Mit Gender Mainstreaming in der Haushaltspolitik („Gender Budgeting“) werden die Auswirkungen von Haushaltsentscheidungen auf Frauen und Männer in verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Lebenslagen ermittelt. Dabei werden auch die Wirkungen auf die Verteilung von Einfluss und Geld sowie unbezahlter und bezahlter Arbeit zwischen verschiedenen Gruppen von Männern und Frauen untersucht. Nach Geschlechtern differenziertes Zahlenmaterial ist dabei unerlässlich.

Kosten: Personalkosten

Mündlich vorgetragene Anträge der GRÜNEN während der Beratung des Haushaltes für 2006

- 1) **Tag des Rades:** ggf. städteübergreifendes Aktionsprogramm pro Radfahren (Antrag wurde bereits für HH 2005 eingebracht)
- 2) **Bike and Ride:** Errichtung überdachter Fahrradstellplätze in der Nähe der Autobahnausfahrt A5;
Vorschlag: auf dem bestehende Parkplatz beim Blumengeschäft (Westseite Friedhof)
- 3) **Errichtung eines Verkehrskreisels** auf der Westumgehung/Ecke Rennbahnstraße
- 4) **Neugestaltung des Trimpfades** nach Abschluss der Baumaßnahmen im Sportplatzumfeld